



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, den 5 April 1879.

Nr. 162.

Deutschland.

Berlin, 4. April. Die Zollvorlage ist heute an den Reichstag gelangt, nachdem derselbe gestern in die Ferien gegangen ist. Jedoch ist bekanntlich im letzten Moment, offenbar im Hinblick auf diese bereits erwartete Vorlage, beschlossen worden, daß etwaige Vorlagen alsbald gedruckt und den Mitgliedern nachgesandt werden sollen. Da an eine erste Beratung der Vorlage vor dem Eintritt der Ferien nicht mehr zu denken war, so ist durch die schon gestern erfolgte Vertagung des Reichstages eine Verzögerung in der Beratung der Vorlage nicht herbeigeführt. Dagegen kann eine solche wohl in der Ausdehnung der Ferien nicht ganz ohne Grund gefunden werden. Der zweite Theil der Session wird dadurch leider mehr als notwendig in die heiße Jahreszeit hinausgerückt, und so darf man auf eine weitere, in jeder Beziehung heiße Session sich gefaßt machen müssen. Denn so günstig sich auch die Verhältnisse für die Erledigung der Zollfrage im Reichstage gestalten zu haben scheinen, so werden sich doch die Beratungen über die Gesamtheit der betreffenden Vorlage jedenfalls über die Pfingstzeit hinaus erstrecken; aber auf den Abschluß der wirtschaftspolitischen Frage in dieser Session wird man zu rechnen forsichtigen dürfen.

Heute fand eine Sitzung des Staatsministeriums statt. Man darf wohl annehmen, daß in derselben der Antrag der Bundesraths-Ausschüsse hinsichtlich der Tabak-Beuerung zur Erörterung gekommen ist.

Das Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 21. März beschlossen, daß, nachdem ein mit dem Kalenderjahr nicht zusammenfallendes Etatsjahr beschaffen ist, von nun an unter dem Zeitraume, welchem nach der Rubrikordnung von 1823 jede Staatskasse nach Umländen einige Male, wenigstens aber ein Mal ausserordentlich vermindert werden muß, nicht mehr das Kalenderjahr, sondern das Etatsjahr zu verstehen ist.

Der Handelsminister hat die künftige Eisenbahn-Kommunikation angewiesen, darauf zu halten, daß die Bahnverwaltungen ihres Geschäftsbereiches in dem jährlich vorzuschickenden einzureichenden statistischen Tabellen nach der Statistikordnung vom 1873 jede Betriebsjahr 1879 angefangen, differenziert angeben, wie viel fixirte und prozentuale Löhne oder Remuneration im Ganzen und im Einzelnen an die Mitglieder der Direktion, des Aufsichtsraths, des Verwaltungsraths oder -Ausschusses und an Beamte unter Bezeichnung der einzelnen Dienststellen bezahlt wird, und wo diese Ausgabenposten in den statistischen Tabellen verzeichnet sind. Der Minister sagt, es bedürfe nicht der Bemerkung, daß ein völlig unrichtiger Vergleichungsmassstab entsteht, wenn sehr bedeutende Ausgaben solcher Art gar nicht bei den Verwaltungskosten verzeichnet würden.

Neuordnung ist die Berechtigung zur Ausstellung gültiger Zeugnisse über die wissenschaftliche Befähigung für den Einjährigen- und Freiwilligendienst dem Königlichen und dem Leibniz-Gymnasium zu Berlin, der Klinger-Schule zu Frankfurt a. M. und der höheren Bürgerschule zu Köln erteilt worden.

Der Minister für öffentliche Arbeiten hat in einem Erlaß vom 1. April bestimmt, daß im Interesse einer übereinstimmenden Handhabung der Bestimmungen des Gütertarifs, betreffend die Festsetzung von Gebühren für die bahnhafte Auf- und Abnahme von Gütern, in Fällen der Umladung bei Weiter-Expedition oder bei Neu-Aufgabe von Sendungen über die ursprüngliche Bestimmungsstation hinaus eine kumulative Berechnung der Ab- und Anfrachtegebühren nur dann einzutreten hat, wenn zwei gesonderte Geschäfte entstehen.

In der Zeit vom 1. April 1878 bis Ende Februar 1879 betrug die Einnahmen an Zöllen 105,097,754 M., an Akzisensteuer 71,047,548 M., an Salzsteuer 33,162,619 M., an Tabaksteuer 1,129,773 M., an Branntwein-Steuer 44,542,713 M., an Uebergangsabgabe von Branntwein 101,702 M., an Brausteuer 15,513,879 M., an Uebergangsabgabe von Bier 857,993 M., zusammen 271,453,981 M., wovon der Reichskasse nach Abzug der Bonifikationen 244,800,318 M. verblieben. In demselben Zeitraum des Vorjahres wurden 534,055 M. mehr eingenommen. Die Differenz ist gegen die bei den früheren Monaten angeführte Vergleichung verschwindend klein, was besonders der Mehreinnahme an Branntweinsteuer (1,129,773 M.) zuzuschreiben ist.

Berlin, 4. April. Ueber die Insultierung

des Kultusministers Dr. Falk im Thiergarten können wir heute noch genaueren Mittheilungen folgenden Näheres mittheilen:

Als der Herr Minister am 31. v. M. Nachmittags nach 3 Uhr im Thiergarten spazieren ging, trat in der Nähe des Denkmals Friedrich Wilhelm III. plötzlich ein Herr an ihn heran und stellte sich ihm mit den in ziemlich bestigem Tone gesprochenen Worten vor: „er sei der Dr. R. A. und habe noch keinen Bescheid auf seine Eingabe.“ Als der Herr Minister ihm darauf ganz ruhig erwiderte, daß es nicht wohl anständig sei, ihn auf diese Weise auf öffentlicher Straße wegen einer Amtsangelegenheit anzuhalten, vertrat der Herr ihm in brüskierter Weise den Weg mit dem Zusatz, jeder anständige Mensch könne einen andern überall ansprechen. Um dem unangenehmen Auftritt ein Ende zu machen, bog der Herr Minister schnell ab, um auf der Promenade an der Thiergartenstraße seinen Spaziergang fortzusetzen. Auf der Rückkehr begriffen, trat der Herr Minister in der Nähe der Löwen-Gruppe den Herrn Unterstaatssekretär Sydow und begleitete ihn, unter Mittheilung des eben erlebten Vorfalls, auf dem Wege nach der Sieges-Allee zu. Kaum hatte er seine Mittheilung beendet, als derselbe Herr dem Herrn Minister wieder entgegenkam, sofort an die beiden Herren herantrat und mit lauter und drohender Stimme dem Herrn Minister zurief, daß er Genugthuung verlange, da er kaiserlicher Offizier sei, sich deshalb beim Kaiser beschweren werde und auch mit dem Herrn Minister noch sprechen werde, da es überhaupt vom Kultusministerium unannehmlich behandelt werde. Natürlich wiesen ihn die Bedienten zurück mit der Bemerkung, seine Beschwerde gerichte.

Die wir auf der Promenade noch ermittelt haben, ist der betreffende Herr ein ehemaliger Lehrer, welcher längere Zeit in verschiedenen höheren Schulen angestellt war, in Folge einer Disziplinaruntersuchung sein Amt niederlegte, seit einigen Jahren hier in Berlin von Privatunterricht und Schriftsteller lebt und allerdings auf vielfache Weise um Wiederanstellung vom Kultusministerium abgelehnt worden ist. Das auffällige Verhalten des Herrn findet hierin seine Erklärung, und kommt dabei noch in Betracht, daß der Herr längere Zeit sich in einer Trennungsbauzeit befunden hat, für geisteskrank erklärt worden ist und unter Kuratel steht.

Aus Wiesbaden, 3. April, meldet der „Rheinische Courier“: Die Frau Kronprinzessin hat gestern Morgen im Grand Hotel zum Schützenhof das erste Bad genommen und wird dem Berechnen nach während ihres hiesigen Aufenthaltes die Bäder weiter gebrauchen. Gestern Vormittag machten der Kronprinz und die Kronprinzessin mit den Kindern einen Spaziergang durch Bierstadt bis vor Ramstein und kehrten von da per Wagen nach der Stadt zurück.

Die Zolltarif-Kommission hat mit der gestern erfolgten Beschlußfassung über den Gesetzentwurf, betreffend die Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs, ihre Arbeiten definitiv beendet. Der Entwurf stimmt fast genau mit demjenigen überein, der schon im April 1878 dem Reichstage zuging. Der Gehalt unterliegen beim Export alle Waaren, beim Import diejenigen, welche der Tarif zollfrei läßt. Die Höhe der Gebühr beträgt:

1) Bei ganz oder theilweise verpackten Waaren für jedes Kollo 5 Pf.; 2) bei unversehrten Waaren für je 1000 Kilo 10 Pf.; 3) bei Kohlen, Coaks, Holz, Erzen, Steinen, Salz, Rohsteinen, Düngungsmitteln u. a. vom Bundesrath zu bezeichnenden Waarengütern in Wagenladungen oder Schiffen verpackt für je 5000 Kilo 10 Pf.; 4) bei Pfeffer, Mandeln, Haseln, Eseln, Rindvieh pro Stück 10 Pf.; 5) bei Schweinen, Schafen und Ziegen für jedes Stück 5 Pf.

Auf der Tagesordnung der für morgen anberaumten Bundesraths-Sitzung steht das Tabaksteuer-Gesetz. Man hofft, dasselbe in einer einzigen Sitzung durchberathen zu können, so daß der Bundesrath morgen seine Osterferien anzutreten vermag.

Wie von uns im vorigen Abendblatt kurz registrirt, hat der Bundesrath den revolvirenden Zolltarif in der von der Tarif-Kommission festgestellten Fassung ohne sehr wesentliche Modifikationen angenommen. Die materielle Entscheidung fiel bereits vorgestern, die formelle und abschließende erst gestern in einer unter Vorsitz des Reichskanzlers selbst abgehaltenen Beratung, welche zwar drei Stunden

auerte, aber den Tarifentwurf selbst nahezu unverändert ließ: in das Gesetz wurde jedoch eine von der preussischen Regierung beantragte Zusatzbestimmung aufgenommen, derzufolge die Einfuhr derjenigen Staaten, welche deutsche Waareneinfuhr ungünstiger behandeln, als diejenigen anderer Staaten, Zuschlagssollen unterworfen werden soll; der Bundesrath ist ermächtigt, in solchen Fällen den Zoll zu verdoppeln und das ist allerdings eine wichtige Bestimmung, auf deren Bedeutung wir noch zurückzukommen haben. Ueber den Termin der Einführung des neuen Zolltarifes ist dagegen noch nichts bestimmt, in Aussicht genommen ist der 1. Juli. Es ist gewiß in hohem Maße anzuerkennen, daß der Bundesrath sich nicht in neue weltläufige Erörterungen eingelassen, sondern die vielen vorliegenden Amendements von Sachsen, Braunschweig, Mecklenburg bezwecken, anzunehmen. Der Senat der künftigen Bundesgenossen hat hiermit der sofort erklärten Nothwendigkeit einer schleunigen Entscheidung der gesetzgeberischen Faktoren über die drängende Frage seinerseits volle Rechnung getragen und ist jetzt am Reichstage, das Seinige zu thun.

Heute Abend ist der Entwurf des Zolltarifes in den Reichstag gelangt. Den bedauerlichsten Mangel hat der Entwurf gestern noch in dem § 5 erhalten, einen Zusatz, den wir deswegen an dieser Stelle nochmals in seinem Wortlaut folgen lassen:

„Waaren, welche aus Ländern kommen, welche deutsche Schiffe oder Waaren deutscher Herkunft ungünstiger behandeln als jene anderer Staaten, oder welche deutsche Erzeugnisse mit einem erheblich höheren Einfuhrzoll beladen, als solcher von ausländischen Erzeugnissen bei der Einfuhr in das deutsche Zollgebiet erhoben wird, können, soweit nicht Verordnungen entgegenstehen, mit einem Zuschlag bis zum Doppelten der tarifmäßigen Eingangssabgaben belegt werden.“

Die Erhebung eines solchen Zuschlages wird nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths durch kaiserliche Verordnung angeordnet.“

Dieser Paragraph fällt in das Kriegserkenntnis für das System der Kampfhölle und in der That ist es ein wohlverstandenes. Der Kampfholl kann hierauf zur Anwendung kommen gegen einen Staat, der unsere Flagge oder unsere Waaren ungünstiger behandelt als die Flagge oder die entsprechenden Waaren einer dritten Nation, mit anderen Worten, wenn wir nicht auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation behandelt werden. Der Kampfholl wird aber auch weiter zur Verfügung gehalten gegen den Staat, der bezüglich irgend einer Waare höhere Zölle erhebt, als Deutschland es bezüglich dieser Waare thut. Erhebt z. B. Rußland einen höheren Zoll von Klavieren oder Kleidern, als wir ihn erheben, so gleicht der Paragraph fünf das Recht z. B. auf Getreide oder Leder oder sonst beliebige Artikel Zuschläge zu legen. Die Höhe des Zuschlages aber kann den doppelten Betrag des Zollsages erreichen, also mit dem Zollschuß zusammen den dreifachen Betrag desselben darstellen.

Wir können wenigstens die gebrauchten Worte nicht anders verstehen und es ist unrichtig, wenn in den ersten Berichten von einem alterum tantum, zu Deutsch: Noch einmal so viel — die Rede war. Das Recht, einen solchen Zuschlag zu bestimmen, wird in die Hände der Reichsregierung unter Zustimmung des Bundesraths gelegt.

Die Ausrüstung zum Kampf ist ebenso stark wie umfassend. Sie wendet sich gegen alle Staaten; denn schwerlich wird ein einziger Staat sich finden, der nicht irgend einen Artikel höher bezollt, als wir es thun. Es wird mit dem Paragraphen somit eine außerordentliche Vollmacht verlangt; sie würde z. B. gestatten, den Zoll auf amerikanischen und russischen Weizen alsbald auf anderthalb Mark zu setzen. Der Paragraph enthält in den Worten: „soweit nicht Verordnungen entgegenstehen“, anerkennend die Andeutung, auf was die Sache hinausgehen soll. Wir unterstellen, daß es die Absicht der Bestimmungen ist, günstiger Handelsverträge zu erlangen; daß eine Verstärkung der schützenden Tendenzen auf einem solchen Nebenweg gesucht wird, diese Unterstellung weisen wir ab.

Somit auch über die zollpolitische Vorlage

vorher gesprochen und geschrieben wurde, so hatte doch niemand die Absicht eines solchen Vorschlages zu enthalten gewußt und er wirkt mit der Macht einer vollständigen Ueberraschung. Es ist das auch offenbar beabsichtigt gewesen; denn wenn es auch schon lange im Kopfe des Reichskanzlers festgehoben haben mag, in dem Entwurf, der an den Bundesrath gelangte, war nichts davon zu lesen. Wie Alles, was vom Reichskanzler ausgeht, ist der Vorschlag aus dem Großen und Vollen gegriffen, er weist darauf hin, was überhaupt niemand bezweifeln konnte, der die politischen Operationen des leitenden Staatsmannes in irgend einer Frage verfolgt hat, wie es sich um ein Vorgehen handelt, dessen einzelne Etappen schon vorher sorgfältig abgemessen sind, das ebenso möglichst biegsam in der Ausführung, als möglichst vollständig in seinen Mitteln ist. Eine Tendenz der Zollpolitik, wie sie der Paragraph andeutet, hat der Reichskanzler wohl vor Augen gehabt, als er vor einigen Wochen die vielberufene Ausrüstung that: Der Brief vom 15. Dezember sei nur der Signalschuss gewesen; der Kampf selbst werde Jahre in Anspruch nehmen und erst von dem Ende derselben will Fürst Bismarck das Urtheil über seine Politik in Empfang nehmen.

Wir müssen uns enthalten, über den Plan, wie ihn der Paragraph 5 des Entwurfs umschreibt, alsbald nachdem er bekannt wird, bereits ein Urtheil abzugeben. Die Sache selbst, wie die Person des Urheberes müssen dem Vorschlag die reichliche Prüfung und Ueberlegung stehen, und zweifellos würde Deutschland einer Politik doch verpflichtet sein, welche es gelang, die verschlossenen Pforten des Auslandes unserer Industrie zu öffnen. Aber die Bedenken müssen sich alsbald erheben, ob die Maß in ihrem Umfange richtig gegriffen, ob sie überhaupt versprechen, ob der Erfolg, wenn er eintritt, der Opfer werth ist, die er unter allen Umständen kostet. Auf diese Fragen eine Antwort zu finden, kann nicht die Aufgabe eines Augenblicks sein. Es ist ein außerordentliches Unternehmen, zu welchem der Reichskanzler auffordert, und wir können uns nicht verhehlen, wie empfindlich das Gebiet ist, auf dem gearbeitet werden soll und wie lange die Frist ist, welche Fürst Bismarck selbst für Erzielung des Resultates gesetzt hat. Der ganze Zolltarif aber wird durch diesen Paragraphen auf die Bedeutung von Minimalzöllen zurückgeführt. Die Umfassungsmauer des Tarifes wird niedergebregelt und der Paragraph 5 hält wie ein anderes trojanisches Roß waffenküstend seinen Einzug. Jedem, falls haben die sich nicht getäuscht, die bereits vor Wochen verkündeten, daß wir noch nicht am Ende der Ueberraschungen seien.

Ausland.

Wien, 3. April. Der Toast des Grafen Schweinitz auf die ungetrübte Fortdauer der russisch-deutschen Freundschaft und der gestrige Sprech Karolyi bei dem Banket für den ausländischen Hilfsfonds ergänzen einander und sie beleuchten geradezu elektrisch die neue Gruppirung der Mächte in der Orientfrage. Ich habe Ihnen vor Monaten bereits die Annäherung Oesterreichs an die englische Politik signalisiren können, die mit der Entfernung von dem Dreikaiserbunde selbstverständlich identisch war oder, um genauer zu sprechen, mit der Entfernung von Rußland. Die neue Konstellation ist heute plastisch zum Ausdruck gekommen. Niemand war in Zweifel, daß der Toast in Petersburg nur im Einverständnis der hohen Theilnehmten gesprochen werden konnte (1), ebenso sicher ist, daß die gestrigen schmerzlichen Worte des Grafen Karolyi von der italischn und Oesterreichs vorher zur Kenntnis des Grafen Andrassy und des englischen Premier gekommen waren und ihre heilsbringende Wirkung erhalten hatten. Die Kommentare werden selbstverständlich zahllos sein, aber einen derselben, der vornehmlich auch nicht fehlen wird, möchte ich gleich zum Vornehmen hinwegräumen. Wie immer die Verhältnisse zu Rußland sich gestalten haben, auf das freundschaftliche Einvernehmen Oesterreichs und Deutschlands üben dieselben keinen nachtheiligen Einfluß aus; die gegenseitigen Beziehungen beider Staaten sind durch Kulturinteressen bedingt, die ihre Gültigkeit auch über die Dissonanzen auf der Balkanhalbinsel hinaus behalten.

Die Sprache des Grafen Karolyi war allerdings eine sehr pointirte, als er den Toast hielt, von dem unser Korrespondent spricht. Wenn aber die politische Bedeutung der Rede des österreichischen

Seitens in London nicht größer ist, als die des deutschen Botschafters in St. Petersburg war, der immer noch nicht zur Ruhe kommen kann, so würde die Konjunkturalpolitik Mühe finden, daran anzuknüpfen. Sicher hätte General von Schwenk, falls er einen militärischen Befehl erlassen oder ein diplomatisches Attestat schreiben sollte, sich anderer Wendungen bedient, als des vielbesprochenen Wortes von den „Leuten da draußen.“ Da er aber bei einem Diner unter dem frischen Eindruck von außerordentlichen Freundschafts-Bezeugungen des Czars sprach, so kann man ihm eine Wendung nicht verübeln, die in ihrer Unbestimmtheit allerdings ein Anlehen auf dem Gebiete der Presse darstellt und daher sehr natürlich auch mit ihr in direkten Bezug gesetzt wird. Anders wäre es natürlich, wenn Graf Karolyi nun seit so viel Tagen bei einem Gengentaste studiert hätte, eine Sache an die wir aber gleichfalls nur schwer glauben.

Von anderer Seite meldet man uns, die Allianz, von welcher Graf Karolyi sprach, beziehe sich auf eine Uebereinkunft einer gegenseitigen Verständigung von England und Oesterreich vor jeder Aktion eines derselben und gemeinsame Erwägung der zu unternehmenden Schritte.

Wir können uns des Eindruckes bei alle Dingen nicht erwehren, als könnte die große diplomatische und journalistische Mühle, wie sie in den letzten orientalischen Kriegsjahren montirt wurde, noch nicht zur Ruhe kommen und arbeite weiter, so wenig Korn auch die Thatfachen selbst aufschütten. Nachschreiben sollte man nie von den begleitenden Umständen trennen und die englische politische Sitte umgiebt sie mit Privilegien, die man im allseitigen Interesse unausgesetzt lassen sollte.

Paris, 3. April. Für den Fall, daß nach den Ferien das Cabinet Waddington eine Veränderung erleiden müßte, wird in den parlamentarischen Kreisen eine Kombination vorbereitet, nach welcher der Justizminister L. Rayer das Präsidium im Konseil und Graf St. Valler das Portefeuille des Auswärtigen erhalten, der bisherige Ministerpräsident Waddington aber zum französischen Botschafter in Berlin ernannt werden würde.

London, 4. April. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses brachte der Schatzkanzler das Budget ein. Er theilte zunächst mit, daß eine Steuererhöhung, mit Ausnahme eines Jolles von 2 Pence pro Bund Cigaretten, nicht beabsichtigt wurde und daß die Rückzahlung der Schatzbonds auf ein weiteres Jahr ausgedehnt werden solle. Das Defizit des verflochtenen Finanzjahres belief sich auf 2,291,800 Pfd. Sterl. mit Einschluß der Ergänzungsgeldsteuern. Die Vorgänge im Orient machten einen Kostenanwuchs von 6,125,000 Pfd. Sterl. notwendig, der Krieg gegen die Transvaalrepublik habe 592,000 Pfd. Sterl. und der Krieg gegen die Zulus 1,559,000 Pfd. Sterl. erfordert. Hier von seien 5,350,000 Pfd. Sterl. durch Anleihen aufgebracht, während 2,900,000 Pfd. Sterl. aus den Ertragsmitteln der Steuern gedeckt worden seien. Der Vorschlag des laufenden Finanzjahres belief sich die Ausgaben auf 81,153,000 Pfd. Sterl. und die Einnahmen auf 83,055,000 Pfd. Sterl. Er hoffe, daß der Ueberschuß von 1,900,000 Pfd. Sterl. zur Deckung der ferneren Kosten des Krieges gegen die Zulus genügen werde. An die Mittheilungen des Schatzkanzlers schloß sich eine lange Besprechung der Budgetvorlage. Gladstone hob hierbei hervor, daß es sich empfehlen dürfte, die Debatte über das Budget noch aufzuschieben. Der Schatzkanzler bekräftigte hierauf die erste Veranlassung des Budgets auf den 24. April d. J. an. Die eingebrachten Finanzresolutionen wurden in erster Lesung genehmigt. Von dem General-Staats-Prokurator Sir John Holker wurde ein Gesetzentwurf betreffend die Kodifikation der Strafrechtsordnung eingebracht.

Petersburg, 3. April. Die Persönlichkeit des Verbrechens, welcher zu Petersburg das Attestat auf General-Ministrent Drontzen verleiht, soll wie die „Now. Wr.“ schreibt, gegenwärtig nach den Aussagen derjenigen Personen, welche ihn in der Nähe und auf der Straße, als er verfolgt wurde, gesehen haben, genau festgestellt worden sein. Sein Signalement soll ein so vollständiges sein, daß etwaige Zweifel darüber nicht mehr aufkommen können. Der Verbrecher gehört zu den in einer politischen Sache Angeklagten, die gegen Bürgschaft freigegeben sind.

Nach einem der „Nes. Ztg.“ von hier zugegangenen Telegramm soll der Attentäter Mirskij befehen.

Provinzielles.

Stettin, 5. April. Mit dem heutigen Tage sind die Reparations-Estale in den Kellerräumen des neuen Rathhauses dem öffentlichen Verkehr übergeben. Auf der linken Seite ist ein Ausgange von Wein und echtem Bier, auf der rechten Seite von Baitisch Bier eingerichtet. Das Restaurant dürfte sich bald eines großen Zuspruchs zu erfreuen haben, da es besonders in den Sommermonaten durch seine kühlen Räume ein angenehmer Aufenthaltsort zu werden verspricht und auch die Leitung in den Händen des Herrn J. P. a. s. e. gut aufgehoben ist, welcher sicher durch gute Küche mit zeitgemäßen Preisen allen Wünschen gerecht werden wird. Heute war der Besuch in den Vormittagsstunden noch recht spärlich.

Gestern Abend nach 10 Uhr kamen zwei Damen, Witwe Jahnke geb. Schad, und deren Schwester, Fräulein Schad, beides hochbetagte Damen, welche in Grabow a. D., Breitenstraße Nr. 4 wohnen, die Birkenstraße entlang nach Hause. In der Gegend von Löffers Park wurden die alten Damen angefallen und Fräulein Schad durch Messerschläge sofort zu Boden gestrichelt, während Frau Jahnke

auch mehrere Messerschläge erhielt, aber doch noch davonlaufen konnte. Als Hülfe requirirt wurde, war Fräulein Schad ihren Wunden bereits erlegen und wurde als Leiche gegen 12 Uhr nach Hause geschafft. Die beiden Damen sind 50—60 Jahre alt und vermögend. Jedenfalls liegt doch ein Raubmord vor.

Einer Breitenstraße 16 wohnhaften Opernsängerin wurden am 2. April von der unverheirateten Aug. Wiltz. Begner aus Carlsdorf, welche die Reinigung der Garderobe der Sängerin zu besorgen hatte, aus einem verschlossenen Wäschespinde mittelst Nachschlüssel 10 Mark gestohlen.

Durch eine Bekanntmachung der Reichsschuldenverwaltung wird eine Belohnung bis auf Höhe von 5000 Mark demjenigen zugesichert, der einen Verfertiger oder wissenschaftlichen Verbreiter falscher Reichsschuldscheine dergestalt nachweist, daß der Verbrecher zur Untersuchung und Strafe herangezogen werden kann.

Der Thierarzt Robert Edmund Adolf Bolle zu Freienwalde a. O. ist zum kommissarischen Kreis- thierarzt des Ober-Barnimer Kreises ernannt worden.

Das Recht des Ehemannes, wegen Verleumdung seiner Frau auf Verhaftung anzutragen, ist nach einem Erkenntnis des Obertribunals vom 4. März 1879 ein selbstständiges Recht, unabhängig von dem Willen und dem etwaigen Verzicht der Ehefrau.

Nach einer Entschelung des Herrn Ministers des Innern vom 8. v. Mts. können Fahnen der Krieger- u. Vereine mit dem Bilde der Germania oder mit anderen auf das deutsche Reich Bezug habenden Emblemen — Allerhöchster Willkür gemäß — nur dann gestattet werden, wenn in der Fahne zugleich der preussische heraldische Adler, wie solcher durch Dekret des Herrn Ministers vom 29. Juli 1869 als Muster mitgetheilt ist, als Hauptemblem geführt wird.

Paris, 4. April. Der Reichstag hat in seiner letzten Sitzung u. A. auf den Antrag des Krieges-Deputierten beschlossen, zur Fertigstellung des Kriegerdenkmals die Summe von 2400 Mark unter der Bedingung zu bewilligen, daß die Stadt den noch erforderlichen Rest zur Verfügung stellt und innerhalb Jahresfrist das Denkmal fertig zur Aufstellung bringt. Die Enthüllungsfest ist nunmehr für den 2. September, den Sedantag, in Aussicht genommen.

Wolgast, 3. April. Am Dienstag, den 1. d. Mts., war hier in der Stadt das Gerücht verbreitet, daß die Fichten auf dem benachbarten Ziesberge in Brand fländen. Ein Arbeiter von der hiesigen Fabrik, welcher von seiner Wohnung aus diesen Rauch auf dem genannten Berge hatte aufsteigen sehen, war zur Stadt geritten und hatte davon bei der hiesigen Polizei-Behörde Meldung gemacht. Es war darauf ein Polizei-Beauftragter zur näheren Erkundigung und bezw. Untersuchung abgesandt worden. Unterwegs nach dem vorbezeichneten Orte brachte jedoch der Waldwärter D. schon die Nachricht, daß er mit Hülfe einiger in der Nähe beschäftigter Arbeiter das Feuer durch Aufwerfen von Erde gedämpft hätte. Wie wir hören, sollen nur einige fichtene Stämme, die von Knaben angezündet worden seien, gebrannt, ab einen mächtigen Qualm verursacht haben.

Germisches.

— Lebende Juwelen. Käfer, die aus Jucatan, am Golf von Mexiko, herkommen, werden jetzt, dem „Figaro“ zufolge, in Paris von den Damen getragen. Die Flügeldecken dieser Käfer zeigen eine prächtig goldene Farbe, untermischt mit ebensolchen schwarzen Punkten, und ihre Beine leuchten wie die Glühwürmer. Diese Käfer, welche, in Gold gefaßt, schon seit vielen Jahren als Brosche und Ohrstecker getragen werden, sind mittelst sehr feiner Ketten auf mehrfarbigen Damast befestigt, können aber nur in gut durchwärmten Räumen getragen werden, da sie Kälte nicht ertragen können und für gewöhnlich in flammenden Schächeln aufbewahrt werden. In Cuba pflegen sich übrigens die Creolinnen schon längst mit den „Cucula's“ — einer Art Feuerfliege — zu schmücken, die zu diesem Zwecke in ein Stückchen weißen Lüll eingeschlossen werden.

Ein wahres salomonisches Urtheil hat kürzlich der bekannte amerikanische Jurist, Richter Kent, gesprochen. Ein Dieb hatte einen in einem Gummistück schlafenden Gesellschaft verführerischen werthvolle Gegenstände gestohlen, indem er mit dem Messer einen Einschnitt im Zelte angebracht, Kopf, rechte Schulter und rechten Arm in das Loch gezwängt und in dieser Weise den Diebstahl ausgeführt hatte. Der Verurtheilte der Angeklagten bestritt die Möglichkeit eines Diebstahls, weil das Loch im Zelte nicht groß genug, um einen Mann durchzulassen. Richter Kent, welcher von der Schuld des Mannes überzeugt war, verurtheilte diesen Kopf, rechte Schulter und rechten Arm zu 24jährigem Gefängnis, indem er demselben freistellte, über den Rest seiner Person nach Gutdünken zu verfügen.

— In den „Annales de Notre-Dame de Lourdes“ liest man: Am 28. Februar ist bei frostigem und schneeligem Wetter der Prinz von Wales nach Notre-Dame de Lourdes gekommen. Er nahm die Basilika, die Krippe und die Grotte mit trister Aufmerksamkeit in Augenschein. Das würdige und ehrfurchtsvolle Verhalten des Prinzen ließ demlich erkennen, wie tief er von religiösen Gefühlen ergriffen war. Beim Weggang sagte er selbst, er hätte nicht erwartet, in diesem ungläubigen Jahrhundert in Frankreich einen Ort zu finden, an welchem der Glaube sich so glänzend betätigt.

— Attentat auf einen Postenprediger. Die Jesuiten-Kirche des Städtchens Fabriano (Mittel-Italien) war vor Kurzem der Schauplatz einer verheerenden That. Am selben Tage hielt nämlich der Je-

senpater Luigi Egidi in dieser Kirche seine übliche Predigt und wohnen derselben zahlreich Anwesende beiderlei Geschlechts an. Kaum hatte der Prediger den ersten Abschnitt seiner Predigt beendet, so wurde schon einer der Anwesenden einen Revolver nach ihm ab, ohne ihn jedoch glücklicherweise zu trennen. Der Thäter wurde auf der Stelle verhaftet und verurtheilt, daß er mehrere Komplize habe. Das Motiv der That ist noch unbekannt. Der Pater setzte dann ruhig seine Rede so und wurde am Schluß derselben von der anwesenden Menge, welche in dessen Richtung nur ein Lachen der heiligen Jungfrau erblicken wollte, auf's glücklichste beglückwünscht.

— Aus dem Gerichtssaal. Bezirksrichter: „So Sie, Magdalena Materin, jetzt meist Sie auf: 3 Mann ist gestorben. Der Defunkt hat keine Hinterlassenen, nach dem Ehepaten erbt Sie ihn jetzt erklären Sie sich, ob Sie den Nachlass an vel sine beneficio legis et inventarii annehmen will.“ — Bäuerin: „Gnaden Herr Bezirksrichter, das versteht sich nicht!“ — Bezirksrichter: „Nun, so will ich Ihr's erklären. Das Erb erlaubt dem Erben, wenn er glaubt, daß die Erbschaft überschuldet sein könne, daß er Alles auf sich selbst läßt, was da ist; alsdann braucht der Er nicht mehr zu zahlen, als aufgeschrieben wurde. Nicht Sie's?“ — Bäuerin: „Ja, Herr Bezirksrichter!“ — Bezirksrichter: „Nun, was will Sie al? Cum vel sine inventario?“ — Bäuerin: „Als meinen's? Ich verstehe das nicht!“ — Bezirksrichter: „Jetzt habe ich Ihr's doch erklärt, ich will Ihr's noch mal erklären. Das Gesetz u. s. (wie oben). Nun, was will Sie? Cum vel sine?“ — Bäuerin: „Ich weiß nicht, was das ist.“ — Bezirksrichter: „Sind die Leute so dum! Nehm' Sie sich einen Advokaten!“

— Auch ein Menz. Ueber ein Diner während der Belagerung von Paris hat die zoologische Anstalts-Gesellschaft von Paris einen Bericht herausgegeben, der mancherlei Interessantes enthält. Das Diner, welches am 17. November 1870 stattfand, zu einer Zeit, wo die Lebensmittel in dem belagerten Paris schon sehr knapp waren, wollten die Mitglieder jener Gesellschaft durch ihr Beispiel die Bevölkerung zum Genuß von so viel mehr oder minder verabschiedeten Fleischspeisen veranlassen und durch die Widerstandsfähigkeit der Stadt möglichst verlängern. Sie thaten sich also zu einem Mittagessen zusammen, dessen Menu folgendes war:

1. Pfeffer-Suppe mit Hirse.
2. Schnitten von Hundefleisch, gepöckelt.
3. Schnitten von Rogenrücken mit Mainzer Sauce.
4. Geschmortes Hundeschulter und Lende mit Tomaten-Sauce.
5. Rogenpfeffer mit Champignons.
6. Hunde-Cotelette mit jungen Erbsen.
7. Ratten-Ragout mit Robert-Sauce.
8. Hundekote mit jungen Ratten garnirt, Pfeffer-Sauce.
9. Vegetarier in Würstchen.
10. Plumpudding mit Rum und Pferde-marek.

Die Tafeldecken waren mit der Ausführung des Menu's recht zufrieden und haben jedem einzelnen Bericht eine Kritik gewidmet.

Landwirtschaftliches.

Von einem 72jährigen erfahrenen Landmann aus Ribbenow-Ausbau bei Friedland wird uns folgendes Mittel gegen Raupen, Erdhörn, Maikäfer und Drahtwürmer mitgetheilt, welches derselbe seit Jahren mit Erfolg angewendet hat:

Das Mittel besteht in ganz gewöhnlicher Torf-asche, jedoch ohne Beimischung jeder anderen Asche, und zwar muß selbige stets staubmäßig durchaus trocken erhalten, darf nicht feucht gewesen sein, da sie dadurch die Wirkung verliert; wenn nun das erste derartige Ungeheuer sich zeigt, dann streut man an einem Morgen, wo es jedoch stark geteilt haben muß, damit die Asche festklebt, und voraussetzlich es den Tag nicht regnen wird, die Asche gleichmäßig stark über die Gewächse und Bäume und wird erlaunten, daß Alles verschwinden ist; regnet es aber am ersten oder zweiten Tage, so muß man das Streuen wiederholen, die Raupen fressen solche Blätter nicht und vertrocknen und auch die Eier vertrocknen. Auffällig ist es stets geblieben, daß jegliche Blattläuse und den sogenannten Erbsenläufer die Asche keine Wirkung hat. Die Asche hängt zugleich die Gewächse und schon deshalb ist es gut, wenn man schon vorher oder nachher etwas dünn die Asche überstreut; Bäume, die schon hoch gewachsen sind, muß man erstiegen und dann bei günstigem Winde streuen.

Weißholz gedreht so sehr danach in Festigkeit und Größe, daß der Einfender Köpfe von 10 bis 15 Pfd. ergibt hat.

Literarisches.

Die Natur, Zeitung zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse von Dr. Müller in Halle. Beim Herausgehen des neuen Quartals machen wir unsere geehrten Leser auf dies treffliche Blatt aufmerksam, welches den Leser in die zahlreichen Länder unserer Erde und in die vielfachen Zweige der Naturwissenschaft einführt. Von der Redaktion selbst wird das Blatt mit dem größten Interesse geleitet.

Dr. Treutler, die Herstellung und Anwendung der Stickstoffinhalationen gegen Lungenkrankheiten. Der Verfasser glaubt in den Stickstoff-Inhalationen ein mächtiges Heilmittel und Linderungsmittel gegen Lungenkrankheiten gefunden zu haben. Bei der großen Wichtigkeit eines solchen Heilmittels für diese wichtigste aller Krankheiten erlaube er sich auf die Broschüre aufmerksam zu machen.

Graf Julius Andrássy, ein politisches Lebens- und Charakterbild von Kálmán Rákosy II. Leipzig, Haessel. Der Verfasser, ein Magyare, der sich selbst den Sturz Andrássy's herbeiwünscht, giebt ein sehr lebendiges Bild von dem Leben und den mannigfachen Beziehungen des Grafen, welches auf großer Spezialkenntnis beruht und den Leser in die verschiedensten Sphären, in die Revolutionszeit, sowie nach Konstantinopel, Paris u. führt. Das Buch ist jedenfalls höchst interessant zu lesen.

Biehmarkt.

Berlin, 4. April. Es fanden zum Verkauf: 199 Rinder, 540 Schweine, 951 Kälber, 652 Hammel.

Bessere Qualitäten von Rindern blieben unverkauft, da nur geringere Waare verlangt wurde, deren Preis zwischen 40—50 Mark pro 100 Pfd. Schlachtgewicht varirte.

Auch bei den Schweinen beschränkte sich der Verkauf nur auf mittlere Qualität (Landfleisch), die mit 42—43 Mark pro 100 Pfd. Schlachtgewicht bezahlt wurden.

Kälber konnten, trotz des nicht starken Auftriebes, nur den letzten Preis von 35—50 Pf. pro 1 Pfd. Schlachtgewicht erreichen.

Für Hammel zeigte sich gar kein Begehren und lassen sich demgemäß auch keine Preise feststellen.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 4. April. Die „Politische Korresp.“ meldet:

Aus Tirnawa von gestern: Das Organisationsstatut wird in längstens 14 Tagen durchberathen sein, sodann sollen die Vorlesungen zur Härtenwahl getroffen werden. Ueber die für den Härtenwahl aufzustellenden Kandidaten ist unter den Notabeln noch keine Vereinbarung erfolgt, dagegen ist unter denselben eine Einigung darüber erzielt, daß Sofia zur Landeshauptstadt, Tirnawa zur Kronungshauptstadt gewählt werde. Den hier befindlichen fremden Konsula ist ein aus der Mitte der Notabelnversammlung hervorgegangenes Memorandum über die Vereinigung sämmtlicher bulgarischen Länder mit Einschluß Mazedoniens, der Dobrußja und des zu Serbien gehörigen Distriktes Bitos überreicht worden.

Aus Bukarest von heute: Durch die von der rumänischen Regierung entsendeten Ärzte ist konstatiert worden, daß Bulgarien von verdächtigen Krankheiten vollständig frei ist.

Paris, 4. April. Das Unterhaus nahm den Antrag auf Beschließung eines Dankesvotums an Oesterreich und an das Ausland für die der Stadt Szegedin gewährten Unterstützungsgeldern einstimmig an. Ministerpräsident Léga theilte in einem längeren Expose mit, daß bis jetzt 857,000 Fl. an Unterstützungsgeldern für Szegedin eingegangen und bis zum Beginn der Wiederherstellung der Stadt und der Rückkehr der Einwohner nachbringen angelegt worden seien. Den Szegediner Insultanten solle ein Kredit bis zum Verlauf einer Million gegen hypothermische Vergütung gewährt werden. Zur Verhinderung weiteren Wasseranstieges und zur Trockenlegung des Stadtgebietes seien alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen. Im Laufe der Sitzung wurde dann noch eine Interpellation an die Regierung über die gemischte Disposition Ostrumeliens angemeldet.

Paris, 4. April. Gegen den verantwortlichen Herausgeber des bonapartistischen Journals „Ordre“ ist wegen Verbreitung falscher Nachrichten auf zehn-tägiges Gefängnis und 500 Frs. Geldbuße erkannt worden.

Versailles, 4. April. Der Senat hat heute den Geiz-Entwurf betreffend die Auslieferung von Uebelthätern in zweiter Lesung angenommen.

London, 4. April. Unterhaus. Unterstaatssekretäre Bourke antwortete auf eine Anfrage Cameros, die Regierung habe gestern erfahren, daß Frankreich von der Insel Molaocong Besitz ergriffen habe. Der Attorney-General von Sierra Leone habe gegen die Besitzergreifung Protest erhoben und die englische Regierung habe der französischen Regierung bereits Vorstellungen gemacht. In Beantwortung einer Anfrage Sawett's erklärte der Schatzkanzler Northcote, die Verhandlungen mit Jakob Khan würden fortgesetzt, es sei der Regierung unmöglich, betreffs etwa notwendiger Truppenbewegungen bindende Erklärungen abzugeben oder überhaupt detaillierte Mittheilungen zu machen; indes sei nichts unwahrscheinlicher, als daß die Regierung von ihrer gegenwärtigen Politik bis zum Wiederzusammentritt des Parlaments abweichen werde. Falls gar eine Veränderung eintreten sollte, werde die Regierung solche sobald wie möglich dem Parlament mittheilen. Der Lordkanzler Lord Lytton sei bestimmt angewiesen, ohne ganz definitive Befehle der Regierung keinen Bomarsch gegen Kabul zu unternehmen. Lord Hartington sprach seine Befriedigung über diese wichtigen Versicherungen des Schatzkanzlers aus.

Konstantinopel, 3. April. Die türkische Regierung hat ihren Vertretern im Auslande mitgetheilt, sie habe auf Grund der von den Hassaniden und von dem Erzbischof Hassan selbst erhaltenen Versicherungen, daß die der Pforte in Betreff der armenischen Katholiken ab antiquo zustehenden Rechte von dem Bankan respektirt werden würden, beschlossen, dem Erzbischof einen Firman zu erteilen, in welchem derselbe wieder als Patriarch von Cilicien anerkannt werde. Inzwischen hätten die Antihassaniden gegen diese Maßregel Widerspruch erhoben und es sei lediglich dadurch die Zufstellung des gedachten Firmans an den Erzbischof Hassan bis jetzt verzögert worden. Die Regierung sei bemüht, eine Verständigung unter den beiden einander gegenüberstehenden Parteien herbeizuführen.